

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 4

Artikel: Wohin treibt die Zürcher SP?
Autor: Heeb, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339703>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wohin treibt die Zürcher SP?

Im September 1980 haben 23 Mitglieder der SP der Stadt Zürich jene Parteimitglieder, die der Resignation verfallen, aufgerufen, sich wieder aktiv an der Parteiarbeit zu beteiligen. Der Aufruf kritisierte die Politik der zurzeit in der Zürcher Partei führenden Genossen. Unmittelbarer Anlass war die Haltung dieser Genossen zu den Unruhen «unzufriedener» Jugendlicher und zu den sozialdemokratischen Vertretern in der städtischen Exekutive. Dem Aufruf haben sich seither über 500 Mitglieder der Partei angeschlossen. Die 23 Sozialdemokraten verbindet keine

einheitliche Doktrin, sie verstehen sich nicht als «Fraktion». Sie sind sich einig in der Meinung, dass es an der Zeit sei, dem abenteuerlichen Kurs der Parteiführung entgegenzutreten. Die Auffassung, die ich in diesem Artikel vertrete, ist also nicht kollektiv erarbeitet.

Invasion der 68er

Die soziale Zusammensetzung der mehr oder weniger aktiven Mitglieder der Zürcher Partei hat sich in den 70er Jahren wesentlich geändert. Es sind viele junge Leute zu ihr gestossen. Es sind jun-

Eine Stadt in Bewegung

Materialien zu den Zürcher Unruhen



Zürcher Unruhen

«Eine Stadt in Bewegung» nennt die Geschäftsleitung der SP der Stadt Zürich die Schrift, die sie zu den jüngsten Ereignissen in Zürich herausgegeben hat. Nicht nur Zürich ist in Bewegung geraten, sondern die Gesellschaft und mit ihr auch die Sozialdemokratische Partei. Nicht nur in Zürich, auch anderswo in der Schweiz, auch im Ausland. In Zürich ist diese Bewegung nur besonders sichtbar. Zwei Beiträge in dieser Nummer haben direkt betroffene Exponenten der Stadtzürcher SP geschrieben: Fritz Heeb und Leonhard Fünfschilling. SPS-Zentralsekretär Andreas Lutz schreibt aus der Berner Distanz ebenfalls zu diesem Thema. (Die eingangs erwähnte Schrift, aus der auch die Illustrationen stammen, ist beim Sekretariat der SP der Stadt Zürich zu beziehen.

Telefon 242 82 66.)

ge Lehrer, junge Sozialarbeiter, junge Planer und Architekten, junge Juristen und Psychologen, die sich alle als Sozialisten fühlen und die Welt in jugendlicher Ungeduld - *subito* - verändern möchten. Die Mehrzahl der Genossen, die in den führenden Gremien tonangebend sitzen, sind etwas älter, aus der Generation der 68er stammend. Sie kommen zu erheblichem Teil aus bürgerlichem, oftmals aus sehr begütertem Elternhaus. Gelegentlich sind es Kinder höchst konservati-

ver bürgerlicher Politiker. Die Veränderung in der Zusammensetzung der Mitgliedschaft ist Folge der drastischen Zunahme der Zahl der Mittelschul- und Hochschulabsolventen. Gemeinsam haben beide Schichten, die Schicht der jüngeren und die Schicht der etwas älteren neu zur SP gestossenen Frauen und Männer, dass sie mit der traditionellen Arbeiterbewegung weder über ihren Beruf noch über ihre Berufsausbildung noch über ihre Familien verbunden sind. Sie kennen die Geschichte der Arbeiterbewegung noch weniger, als den Jungen überhaupt die allgemeine Geschichte der Neuzeit vertraut ist. Für sie fängt, wie für jede Generation, die Geschichte mit ihrer eigenen Erfahrung an.

Mit der Invasion der 68er Generation in die SP wurden die älteren, einfachen Mitglieder, die noch in Gewerkschaften aktiv und beruflich in Betrieben tätig waren, verdrängt. Das Soziologenchesisch und die stundenlangen ermüdenden Diskussionen in Sektionsversammlungen verjagten die älteren Semester, ganz abgesehen davon, dass das Fernsehen die Leute davon abhält, abends ausser Haus zu gehen. So waren die Jungen zunehmend unter sich. Die Sektionsversammlungen wurden zu Diskussionszirkeln, an denen im Vergleich zu früher viel weniger Mitglieder teilnehmen. Diese so zusammengesetzten Sektionsversammlungen wählen die Delegierten zur städtischen Delegiertenversammlung, ausser der Urabstimmung das oberste Organ der Stadtpartei. Die Zahl der Delegierten jeder Sektion bestimmt sich nach der Zahl der Mitglieder der Sektion, gewählt werden in den Sektionszusammenkünften selbstverständlich nicht

jene, die zu Hause bleiben, sondern die, die sich an den Zirkeln beteiligen. So besteht die Delegiertenversammlung der Stadtpartei Zürich in grosser Mehrzahl aus jugendlichen und jüngsten Mitgliedern, die vor kurzer Zeit erst der Partei beigetreten sind. Das ist die vielberufene «Basis» der Partei, welche den militanten «Linken» die demokratische Legitimation ihrer Aktionen liefert.

Romantischer Konservativismus

Diese «Linke» huldigt einem ausgesprochen romantischen Konservativismus. Ein schlagendes Zeugnis hierfür fand sich in einer Publikation der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich vom 30. Juli 1980 im Tagblatt der Stadt Zürich, einem Gratisanzeiger, der zugleich städtisches Amtsblatt ist. Der Artikel führte den Titel «Freiheit für Grönland» und war gezeichnet als offizielle Verlautbarung der städtischen Partei. Es ist geboten, vor dem Forum der schweizerischen Parteiöffentlichkeit eine Passage aus dieser Kundmachung wörtlich zu zitieren. Es heisst da:

«Offenbar geht es dieser Bewegung um weit mehr als nur um ein Jugendhaus. Dieses war und ist weiterhin Symbol für einen Freiraum, wie er nicht nur für Jugendliche eigentlich selbstverständlich sein müsste. Aber mit diesen Freiräumen ist es ganz allgemein in unserer Stadt immer schlimmer bestellt. Das Wohnen, die Gestaltung der Freizeit, die Situation am Arbeitsplatz (sofern ein solcher überhaupt vorhanden), kurz unser ganzes Leben wird immer unmenschlicher, unfreier, eingeengter, und dies trotz stei-

gendem Wohlstand. Immer weniger Bürger können sich in diesem Staat... ausdrücken und zur Geltung bringen... Selbst die politischen Strukturen werden nicht zu Unrecht oft als sinnentleert empfunden, die wirklichen Entscheide fallen nicht mehr in den Parlamenten. Man spielt noch immer Demokratie – die wirkliche Macht wird woanders praktiziert, von einigen wenigen, deren Position, weil un durchschaubar, auch unangreifbar ist.»

Mit der Behauptung, unser ganzes Leben werde immer unmenschlicher, unfreier, eingeengter, wird gesagt und will gesagt sein, dass das Leben des Menschen, das Wohnen, die Gestaltung der Freizeit usw. in der Vergangenheit freier, weniger eingeengt, menschlicher gewesen seien. Den Menschen sei es also in der Vergangenheit besser gegangen. Die Demokratie habe früher besser funktioniert, sie sei echte Demokratie gewesen. Für jeden, der die Geschichte, insbesondere die Geschichte der Arbeiterbewegung, auch nur einigermassen kennt und für jeden, der die 20er bis 50er Jahre selbst erlebt hat, sind derartige Behauptungen Beweis peinlichster Ignoranz. Die Ergebnisse der Kämpfe und der Bemühungen der Arbeiterbewegung, die den Ausbau der Sozialgesetzgebung, die Verkürzung der Arbeitszeit, den Anspruch auf Ferien und Freizeit der Arbeitnehmer erreicht hat, werden völlig verneint. Damit wird die Arbeiterbewegung selbst negiert. In obskurer Nostalgie richten sich die Führer der Stadtpartei Zürich, die sich als progressiv und äusserst links gesehen haben möchten, in die Vergangenheit.



Irrationales Credo

In der gleichen offiziellen Verlautbarung der Zürcher Stadtpartei wird ein zutiefst irrationales Credo verkündet. Man liest da wörtlich:

«Freiheit für Grönland, denn das Packeis ist überall – das ist wohl kaum ein politisches Programm im herkömmlichen Sinne. Da wird eine Symbolsprache benutzt, die nur versteht, wer bereit ist, sich mit seiner Emotionalität, seinem unmittelbaren vitalen Erleben in diese Bewegung hineinzugeben. Es ist die Sprache des schöpferischen Untergrundes unserer Seele, ein Code, wie er auch in den Werken der Kunst, den Träumen, oder den uns fremd anmutenden Gebilden von Verrückten, zum Ausdruck kommt... Man muss sich lösen von der rationalen Art traditioneller Denkmuster, muss mit Gefühl und Sinnhaftigkeit sich einleben, dann erst wird man entdecken, wie sehr die Anliegen der Jugend die Anliegen von so vielen widerspiegeln, die sich im Le-

ben fremdbestimmt, ohnmächtig und hilflos fühlen.»

Mit solchem Rezept wird die Arbeiterbewegung, historisch ein Erbe der Aufklärung, ausgerüstet mit rational erarbeiteten wissenschaftlichen Theorien, zur psychologisierenden Sekte denaturiert, die ihre «Erkenntnisse» aus den Träumen, den Gebilden von Verrückten schöpft und sich von der «rationalen Art traditioneller Denkmuster» löst. Diese Abwendung vom Rationalen führt letzten Endes zum irrationalen Gewaltkult und zur Schwärmerie für totale, das heißt anarchische Selbstbestimmung des Individuums, wie es Richard Löwenthal in der Publikation «Gesellschaftswandel und Kulturkrise» treffend beschrieben hat. Hierin liegt auch die Erklärung dafür, dass sich die führenden Genossen der Stadtpartei Zürich bis heute nicht dazu durchringen konnten und wollten, die sinnlosen Gewaltaktionen einer kleinen aber selbstbewussten Minderheit der «Ju-

gendbewegung» zu verurteilen, ja auch nur sich von ihnen zu distanzieren. Dabei besorgt diese gewalttätige Minderheit die Geschäfte der politischen Reaktion und fördert bewusst eine Tendenz zu polizeistaatlichen Methoden der Repression.

Partei der Neinsager

Die politische Haltung der tonangebenden Zürcher Genossen ist maximalistisch. Kompromissen sind sie feindlich gesinnt. Die Stadtzürcher Sozialdemokratische Partei erscheint in der Vorstellung des Durchschnittsbürgers als Partei der Neinsager. Eine Reihe von kommunalen Vorlagen wurde bekämpft, in den Volksabstimmungen aber angenommen. Neinparolen wurden zum Teil gegen die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion in der städtischen Legislative ausgegeben und zwar eben durch Beschlüsse der Delegiertenversammlung, der «Basis» wie gesagt, die aus emotionalen, also irratio-



nalen Motiven ohne eigentliche Sachkenntnis entscheidet. Maximalismus in der Politik ist Sektierertum. Gesellschaftliche Veränderung kann, wie Hans Heinz Holz in seinem Buch über Utopie und Anarchismus bemerkt, nicht von sektiererischen Maximalpositionen aus betrieben werden.

Bruch mit den Gewerkschaften

Sektierertum manifestiert sich zurzeit besonders akut in der Haltung von Parteimitgliedern gegenüber den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften und ihre Exponenten werden als das eigentliche Hindernis für eine «linke» Politik der SP denunziert. Das ideologische Führungsorgan der sektiererischen Linken in der SP für das ganze Gebiet des Kantons Zürich ist eine periodisch erscheinende «Info»-Broschüre. Soeben ist eine Nummer herausgekommen, die einen geballten Angriff gegen «die Gewerkschaften als die Macht im Hintergrund» enthält. Das Titelblatt zeigt einen Muskelhelden im Comic-Strip-Stil, der eine mächtige Faust dem Leser entgegenstreckt. Er ist etikettiert mit «G-Fraktion». Die Publikation propagiert die Trennung der Partei von

den Gewerkschaften. Insbesondere wird verlangt, dass bei künftigen Wahlen die Partei keine gemeinsame Liste mit den Gewerkschaften mehr aufstelle. Allenfalls wird den Gewerkschaften anheimgestellt, sich mit eigenen Listen an den Wahlen zu beteiligen und möglicherweise sei man geneigt, eine Listenverbindung in Erwägung zu ziehen. Dass in solchem Falle die SP auch Listenverbindungen mit POCH und PdA einginge, wird als durchaus wünschbar ins Auge gefasst. In den Monats-Zirkeln zweier Kreissektionen der SP der Stadt Zürich ist denn auch schon der Bruch mit den Gewerkschaften an die Adresse der Stadtpartei mehrheitlich postuliert worden. Auf solche Weise wird die Arbeiterbewegung demonstriert, deren Kraft seit ihrem Bestehen im solidarischen Zusammenwirken zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Bewegung liegt. Ein weiteres Symptom irrationalen Sektierertums ist die aus derselben Ecke stammende Parole, sich aus «der Regierung» zurückzuziehen, womit die kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Exekutiven gemeint sind. Zunächst zeugt diese Forderung

von völliger Unkenntnis der staatlichen Struktur unseres Landes. Die Schweiz ist keine parlamentarische Demokratie, in der einer regierenden Partei, die in den Wahlen die Mehrheit errungen hat, eine Opposition gegenüber steht, welche auf die Chance wartet, in den nächsten Wahlen selbst an die Regierung zu gelangen. Die schweizerische

Referendumsdemokratie kennt seit 1891 im Bunde keine regierende Mehrheitspartei mehr. Damit der Bund handlungsfähig bleibe, ist offenbar die Beteiligung aller grossen Parteien im Bundesrat unausweichlich. Der Föderalismus schliesst es aus, dass in der Eidgenossenschaft ein Zweiparteiensystem wie in den zentralistisch organisierten Staaten Europas zu realisieren wäre. Mit der Erstarkung der Arbeiterbewegung ist es auch in den Kantonen und den Gemeinden kaum mehr möglich, ohne und gegen die Sozialdemokratie zu regieren.

Die Bürgerliche Demokratie ist reformierbar

Die Arbeiterbewegung hat mit ihrem Gewicht in der Gesellschaft gerade durch die Beteiligung an Exekutiven und in den Parlamenten wesentliche Reformen und Errungenschaften in sozialpolitischer und steuerpolitischer Hinsicht und auf dem Gebiete der allgemeinen Gesetzgebung durchsetzen können. Die bürgerliche Demokratie ist veränderungsfähig und reformierbar. Die These der sektiererischen Linken ist undialektisch. Sie läuft darauf hinaus, den Einfluss der Arbeiterbewegung zu schwächen und beim Volke an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Eine Sozialdemokratie, die sich in unbefleckter revo-

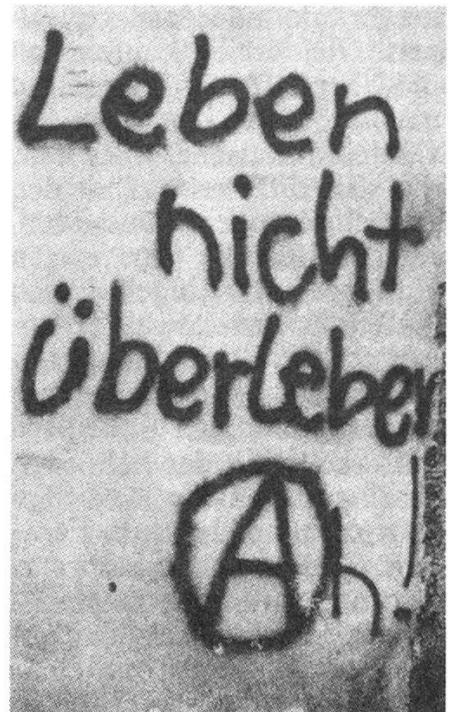
lutionärer Unschuld präsentiert, würde nicht ernst genommen. Was bleibt denn als Alternative, wenn die Veränderbarkeit und Reformierbarkeit der bürgerlichen Demokratie verneint wird? Der gewaltsame Aufstand, die revolutionäre Aktion. Den Glauben an eine derartige Möglichkeit haben seit langem selbst die europäischen Kommunisten verloren.

Man wird den Eindruck nicht los, dass gewisse «Linke» in der Partei in der Enttäuschung über die «Verbürgerlichung der Arbeiterschaft» mit Herbert Marcuse der Meinung sind, eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft sei nur vom Rande her möglich, weshalb sie sich so intensiv mit der Bewegung der «unzufriedenen Jugend» als einer sozialen Randgruppe befassen. Ich zitiere wiederum Hans Heinz Holz, der im genannten Werk zutreffend schreibt:

«Revolution ist eine Massenbewegung. Die Massen werden aber nur durch Bewusstwerden ihrer eigenen Interessen in Bewegung gesetzt; Agi-

tation hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn sie mit einer Interessenlage koinzidiert. Vom Rand der Gesellschaft her ist diese nicht umzustürzen; nur von innen heraus kann es gelingen, die Widersprüche der bestehenden Ordnung zu Tage zu fördern und sie zum Motor von historischen Veränderungen werden zu lassen... Nicht revolutionär sind deshalb alle Aktionen, die die Masse nicht ergreifen, das heisst deren aktuelle Bewusstseinslage und Interessen verfehlen. Darum ist jeder Maximalismus der Forderungen und Erwartungen falsch und schädlich, weil er die Avantgarde von ihrem Adressaten isoliert.»

Der Effekt maximalistischer und marginaler Aktivität liegt darin, dass die Sozialdemokratie es unterlässt, in geduldiger aber hartnäckiger und systematischer Arbeit im Sinne einer «langfristigen Strategie der massenhaften Aufklärung» (wie Habermas es nennt) die entscheidenden Fragen unserer gegenwärtigen Gesellschaft anzugehen. Vernachlässigt wird der Kampf um die Mitbestimmung in Be-



trieben und Unternehmungen, der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze, der Kampf um eine Umverteilung der Lasten in Staat und Gesellschaft, der Kampf gegen die Machtpositionen des oligopolistischen und multinationalen Kapitals. Den Vertretern eben dieses Kapitals kann es nur recht sein, wenn sich die Sozialdemokratie in Randgebieten aufreibt.

Leonhard Fünfschilling

Die SP als Vermittlerin

In Zürich haben die Jugendunruhen wohl mehr als in anderen Teilen unseres Landes zu einer Polarisierung der Meinungen und zu einer Verhärtung der politischen Fronten geführt. Während die Demonstrationen und Ausschreitungen von den einen als Ausdruck einer objektiven und subjektiven Notlage eines Teiles unserer Jugend gedeutet werden, welcher so

rasch wie möglich mit konstruktiven politischen Lösungen begegnet werden sollte, erscheinen sie den anderen als unverständliches Chaozentum, das letztlich die Zerstörung unseres demokratischen Rechtsstaates bezweckt und deshalb mit aller Härte bekämpft werden muss. Zu dieser Haltung neigten im Verlaufe der Ereignisse mehr und mehr auch die Behörden,

die sich direkt mit den Unruhen zu befassen hatten. Seither mehrt sich auf verschiedenen Gebieten die Repression. Die «bewegten» Jugendlichen haben zurzeit weder ihr immer wieder gefordertes autonomes Jugendzentrum (AJZ), noch sonst geeignete Räumlichkeiten für ihre Versammlungen.

Mit dem Hinweis auf die Gefahr neuer Ausschreitungen werden mittlerweile politische Grundrechte, wie das Demonstrations- und Versammlungsrecht, auch für politische Gruppierungen, die sich an die bestehenden Vorschriften halten wollen, ein-